

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Frank Müller-Rosentritt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/29743 –

Jüdische Vielfalt in Deutschland – Bedürfnisse und Perspektiven von Jüdinnen und Juden respektieren und berücksichtigen

A. Problem

Die Fraktion der FDP hebt die mindestens 1.700-jährige Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland hervor. Jüdisches Leben sei untrennbar mit Deutschland und deutscher Geschichte verbunden. Doch auch nach dem Holocaust seien Menschen jüdischen Glaubens heute noch mit Antisemitismus konfrontiert und müssten ihre Religionszugehörigkeit in der Öffentlichkeit verbergen, um sich vor verbaler oder körperlicher Gewalt zu schützen. Die Bekämpfung des Antisemitismus sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen Strategien zu vereinbaren, um die Diskriminierungen von Menschen jüdischen Glaubens durch Beachtung von jüdischen Feiertagen in Planungsmaßnahmen öffentlicher Stellen zu vermeiden sowie die jüdische Religion und Kultur in Deutschland durch Fördermittel zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29743 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Axel Müller
Berichterstatter

Dr. Lars Castellucci
Berichterstatter

Beatrix von Storch
Berichterstatterin

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Axel Müller, Dr. Lars Castellucci, Beatrix von Storch, Benjamin Strasser, Petra Pau und Dr. Konstantin von Notz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/29743** wurde in der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Mai 2021 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/29743 in seiner 150. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

III. Begründung

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt die grundsätzliche Wertschätzung des mit dem Antrag verbundenen Anliegens hervor. Jedoch bewegten sich etwa die Forderungen in Bezug auf Universitäten außerhalb der Zuständigkeiten des Bundes. Zum Thema der Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge habe man bereits einen entsprechenden Härtefallfonds gegründet. Hinsichtlich der vorgetragenen Kritik an der Rechtsprechung sei es generell bedenklich, der unabhängigen Justiz als dritte Gewalt politische Vorgaben bei der Rechtsprechung und Strafzumessung machen zu wollen. In nahezu allen Bundesländern gebe es – entsprechend der Institution des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus – sehr engagierte Landesbeauftragte. Es gebe also die vom Antrag geforderten Meldestellen bereits. Inhaltlich sei der Antrag daher in weiten Teilen überholt oder er bewege sich außerhalb der Zuständigkeiten.

Die **Fraktion der SPD** erkennt die hinter dem Antrag stehende Arbeit an. Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass man in Deutschland in diesem Jahr 1.700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland feiern könne. Es sei ein gutes Zeichen, dass man sich mit diesem Thema ernsthaft befasse, denn auch heute seien jüdisches Leben und jüdische Vielfalt in Deutschland nicht ausreichend berücksichtigt. Es sei beschämend, wenn der Bundesbeauftragte Dr. Felix Klein und auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden Schuster davon abrieten, in der Öffentlichkeit Kippa zu tragen. Dies sei ein deutlicher Hinweis, dass es noch viel zu tun gebe. Der Grundansatz des Antrags, sich nicht lediglich auf die Geschichte jüdischen Lebens zu fokussieren, überzeuge. Es gehe darum, heute stattfindendes jüdisches Leben in Deutschland als eine Normalität erlebbar zu machen. Der Vorschlag der Berücksichtigung jüdischer Feiertage in Planungsmaßnahmen öffentlicher Stellen betreffe die grundsätzliche Frage, wie mit der Vielfalt im Land umgegangen werden müsse. Hier werde es Veränderungen geben müssen, wobei man die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung im Blick haben müsse. Im Ergebnis sei es nicht sachgerecht, wenn in einer immer pluralistischeren Gesellschaft jedwede Gruppe ihre eigenen Feiertage erhalte und sich öffentliche Planung hierdurch beschränken lassen müsse. Vielmehr müsse es um individuelle Beanspruchung möglicher Feiertage aus religiösen Gründen gehen, statt dies auf die Gesamtheit der Bevölkerung zu übertragen. Die SPD-Fraktion habe hierzu eine Enquete-Kommission vorgeschlagen, um sich mit diesem grundsätzlichen Thema zu befassen. Dies stelle auch in der nächsten Wahlperiode einen wichtigen Auftrag dar.

Die **Fraktion der AfD** stimmt dem Antrag zu. Der Antrag treffe gute Feststellungen zum jüdischen Leben in Deutschland und dessen Historie. Zudem enthalte er begrüßenswerte und konkrete Forderungen, etwa der Berücksichtigung jüdischer Feiertage, dem Aufbauen eines deutsch-israelischen Jugendwerks oder dem ursprünglich von der AfD geforderten Heraufsetzen der Hisbollah auf die Terrorliste der EU inklusive Verbot. Es sei erfreulich, dass hier die AfD wirke. Richtigerweise kritisiere der Antrag das deutsche Abstimmungsverhalten im UN-Sicher-

heitsrat im Zusammenhang mit Israel. Problematisch seien hingegen die Punkte des Antrags, die den Antisemitismus überwiegend im rechtsextremen Spektrum verorteten. Erfreulicherweise habe inzwischen auch die Innenministerkonferenz die Erkenntnis erlangt, muslimischen Antisemitismus gesondert zu erfassen. Kritisch gesehen werden müsse auch der vorgeschlagene Medienkompetenzunterricht. Insgesamt überwögen die positiven Punkte, sodass man zustimmen werde.

Die **Fraktion der FDP** betont, es sei wichtig, die Diskussion um jüdisches Leben in Deutschland nicht allein unter den Aspekten Antisemitismus und der Shoah zu führen. Dieses Jahr werde 1.700 Jahre dokumentiertes jüdisches Leben in Deutschland gefeiert. Jüdinnen und Juden hätten die Gesellschaft in den letzten Jahrhunderten und bis heute geprägt. Antisemitismus sei leider eine alltägliche Lebensrealität. Deshalb schlage man etwa vor, die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus zur Grundlage für das Handeln aller staatlichen Behörden zu machen, um beispielsweise Vorkommnisse wie in Wuppertal, wo ein deutsches Gericht einen Brandanschlag palästinensischer Jugendlichen auf eine Synagoge nicht als Antisemitismus gewertet habe, in Zukunft zu vermeiden und zu unterbinden. Auch beim Thema Schutzkonzepte jüdischer Einrichtungen gebe es massiven Nachbesserungsbedarf. Darüber hinaus müsse man sich als Gesellschaft den Menschen zuwenden, die Anfang der 1990er Jahre durch Zuwanderung jüdisches Leben in Deutschland möglich gemacht und gesichert hätten. Das Judentum sei ein aktiver Teil der Gesellschaft, weshalb man die Vielfalt des jüdischen Lebens im Alltag noch stärker berücksichtigen müsse. Dies betreffe verschiedenste Bereiche, etwa auch die Möglichkeit, Staatsexamen nachschreiben zu können, wenn diese während der im Judentum geltenden Phase des Schreibverbots stattfänden, oder auch das Thema Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge. Insgesamt erwarte man sich von Seiten der Bundesregierung ein stärkeres Einsetzen für jüdisches Leben und das Existenzrechts Israels, auch auf internationaler Ebene, etwa bei Abstimmungen im UN-Sicherheitsrat oder einem europaweiten Verbot der Hisbollah.

Die **Fraktion DIE LINKE** macht deutlich, den Großteil der Forderungen des Antrags unterstützen zu können. Dem Ziel, im Alltag praktikable Regelungen zu finden, könne man auch durch die Etablierung von jüdischen Ansprechpartnern, wie dies etwa im Bereich der Bundeswehr durch Militär-Rabbiner geschehe, näher kommen. Hier müssten pragmatische Lösungen gefunden werden. In der Öffentlichkeit müsse man das Signal einer entsprechenden Sensibilität auf allen Ebenen – unabhängig von etwaigen Zuständigkeiten – senden. Die Alterssicherung jüdischer Kontingentflüchtlinge sei entgegen der Äußerung der CDU/CSU-Fraktion durch den Härtefallfonds nicht geklärt, da dieser nur für einen Bruchteil der Betroffenen Relevanz habe. Dies gelte auch für die Gruppe der Spätaussiedler. Hier bleibe in der nächsten Legislaturperiode eine wichtige Aufgabe. Wichtig sei zudem, Projekte, die sich im Alltag für Demokratie einsetzten, langfristig und planbar zu fördern und damit dem nicht erreichten Ziel der Bundesregierung, Demokratieförderung als langfristiges Ziel zu begreifen, zu entsprechen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, die Debatte und das Jubiläum zu 1.700jährigem jüdischen Leben in Deutschland zeige, wie wichtig es sei, Judentum nicht allein auf die Bereiche des Holocausts und Antisemitismus zu reduzieren. Jüdisches Leben in Deutschland beinhalte viel mehr als die Geschichte, was noch viel deutlicher hervorgehoben werden müsse. Der Härtefallfonds könne allein schon von seiner Konzeption nicht alle berücksichtigen, sodass hier weiter Handlungsbedarf bestehe. Inhaltlich teile man die grundsätzlichen Ziele des Antrags der FDP. Mit einem eigenen Antrag gehe man hierüber jedoch noch hinaus, sodass man sich hier enthalten werde.

Berlin, den 23. Juni 2021

Axel Müller
Berichterstatter

Dr. Lars Castellucci
Berichterstatter

Beatrix von Storch
Berichterstatterin

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

